

Einleitung

Axel Salheiser & Cynthia Möller

Es gibt diese Stimmen, die viele von uns nur allzu gut kennen: die Stimme, die das Gendern als Verfall der Sprache beklagt, die alles, was nicht der vermeintlichen Norm entspricht, abwertet und als Gefahr für die Gesellschaft bezeichnet. Die Stimme, die Perspektiven und Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen infrage stellt, die Trans-Personen ihre Identität abspricht und Homosexualität als „Phase“ bezeichnet. Die Stimme, die Verunsicherung streut, wo Vielfalt sichtbar wird, und das (vermeintlich) „Andere“ reflexartig zum Problem erklärt. Diese Stimmen sind in den letzten Jahren aggressiver und lauter geworden.

Antifeminismus und Heterosexismus sind Ausdruck einer Abwehrhaltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen, die patriarchale Macht- und Geschlechterordnungen infrage stellen. Sie richten sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie gegen die Anerkennung vielfältiger Lebens-, Familien- und Beziehungsformen. Je sichtbarer geschlechterdemokratische Errungenschaften werden und je stärker traditionelle Rollenbilder an Bedeutung verlieren, desto häufiger werden sie als Bedrohung dargestellt. Antifeministische und heterosexistische Narrative dienen dabei der Verteidigung bestehender Privilegien und der Stabilisierung traditioneller gesellschaftlicher Hierarchien.

Am deutlichsten zeigen sich die Auseinandersetzungen um Geschlechtsidentitäten und Geschlechterordnungen im Falle der umstrittenen Akzeptanz von LSBTIQ*. Einerseits ist Deutschland in den letzten Jahrzehnten spürbar liberaler geworden. An einigen Orten ist queere Sichtbarkeit sogar eine Selbstverständlichkeit. Andererseits haben Angriffe und Bedrohungen gegen LSBTIQ*, insbesondere gegen Trans-Personen, in jüngster Zeit markant zugenommen. Je mehr Regenbogenfahnen gehisst werden, desto stärker verspüren selbst ernannte „Kritiker*innen“ eines angeblichen „Gender-Wahns“ den Drang, LSBTIQ* zurück ins sprichwörtliche „closet“, die gesellschaftliche Unsichtbarkeit, schicken zu wollen. Auch in deutschen Parlamenten gibt es Stimmen, die Vielfalt als ein schützenswertes Gut in der Demokratie negieren oder sogar offen die Rückkehr zu Ausgrenzung und Diskriminierung fordern – am Modell von Putins Russland oder Trumps USA und in verhängnisvoller historischer Kontinuität.



**„DIE ENTSCHIEDENDE FRAGE
IST NICHT NUR, WIE VIEL
KONFLIKT EINE DEMOKRATIE
AUSHÄLT, SONDERN AUCH,
WELCHE FORMEN VON
FRIEDEN SIE ERMÖGLICHEN
KANN, WENN TEILHABE NICHT
LÄNGER AN NORMATIVE
VORSTELLUNGEN VON
GESCHLECHT GEBUNDEN
BLEIBT. EINE DEMOKRATIE, DIE
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT
ALS VORAUSSETZUNG
VERSTEHT, GEWINNT.“**

Axel Salheiser & Cynthia Möller

Warum so viel Abwehr, Hass und Angst? Wieso fürchten sich manche so sehr vor einer Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind? Und was gewinnen wir, wenn wir diese Angst überwinden? Wie sähe eine Demokratie aus, die Vielfalt und Gleichheit von Geschlechterperspektiven nicht nur als ein theoretisches Ideal begreift, sondern als Bereicherung sieht und umfänglich verwirklicht?

Es ist an der Zeit, andere Stimmen zu stärken: Stimmen der Geschlechtersensibilität, der Vielfalt, der Akzeptanz und der demokratischen Partizipation. Das sind Themen, die in diesem Band unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ im Fokus stehen. Beginnen wir mit der Frage, wie sich Demokratie anfühlt, wenn sie nicht permanent unter Druck steht, sich gegen ihre eigenen Möglichkeitsräume verteidigen zu müssen. Und mit der Frage, warum Debatten um Geschlecht so häufig als gesellschaftliche Krise inszeniert werden. Dahinter steht nicht allein die Ablehnung einzelner gleichstellungspolitischer Maßnahmen, sondern wie bereits oben ausgeführt die Verteidigung einer patriarchalen Geschlechterordnung und der mit ihr verbundenen Machtverhältnisse. Diese Ordnung verteilt gesellschaftliche Privilegien ungleich, räumt insbesondere Jungen und Männern strukturelle Vorteile ein und lässt diese als selbstverständlich erscheinen. Gerade weil emanzipatorische Politiken, geschlechtliche Vielfalt und vielfältige Lebensweisen diese Ordnung infrage stellen, werden sie immer wieder zum Gegenstand heftiger Abwehr.

Vermutlich kennen wir alle auch die wiederkehrenden Argumente: die „pray-the-gay-away“-Rhetoriken, die skeptischen Kommentare beim Familienessen, die scheinbar harmlosen Witze, die doch markieren, wer als „normal“ gilt und wer nicht. Wir kennen die Erklärungen, die immer wieder gegeben werden müssen – über Pronomen, über Identitäten, über Körper, über Selbstbestimmung. Und wir kennen auch die Erschöpfung, die daraus entstehen kann.

Gleichzeitig lohnt es sich, den Blick zu verschieben. Denn neben all diesen Erfahrungen von Abwehr und Aushandlung gibt es auch andere Realitäten: Räume, in denen Menschen sich selbstverständlich zeigen können, ohne sich permanent rechtfertigen zu müssen. Arbeitskontexte, in denen Geschlecht nicht als Risiko gelesen wird. Beziehungen, in denen Unterschiedlichkeit nicht sofort in Hierarchie übersetzt wird. Und gesellschaftliche Entwicklungen, die zeigen, dass Gleichstellungspolitiken nicht nur Konflikt erzeugen, sondern auch Sicherheit, Teilhabe und Freiheit erweitern können. Deshalb stellt sich die Frage, warum Geschlechtergerechtigkeit so häufig noch immer als Bedrohung diskutiert wird – als würde die Erweiterung von Rechten zwangsläufig den Verlust anderer bedeuten. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Demokratische und geschlechtergerechte Strukturen funktionieren nicht nach dem Prinzip eines begrenzten Kuchens. Sie sind kein Verteilungskampf um knappe Anerkennung, sondern die Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe.

Hier setzt der Begriff der Geschlechterdemokratie an. Er beschreibt ein Verständnis von Demokratie, in dem Geschlecht nicht als nachgelagerte „Spezialfrage“, sondern als grundlegende Strukturkategorie gesellschaftlicher Ordnung verstanden wird. Geschlechterdemokratie meint damit nicht nur formale Gleichberechtigung, sondern die tatsächliche Möglichkeit aller Geschlechter, gleichberechtigt an politischer, sozialer und kultureller Gestaltung teilzuhaben – frei von Gewalt, Diskriminierung und strukturellen Ausschlüssen. Sie fragt also nicht nur nach Rechten auf dem Papier, sondern nach der gelebten Realität demokratischer Teilhabe. Dem gegenüber stehen Gegenbewegungen, die unter Begriffen wie Antifeminismus, Anti-Gender-Ideologie oder in Angriffen auf Gleichstellungspolitik sichtbar werden. Diese Strömungen sind dabei nicht bloß einzelne Gegenpositionen zu spezifischen Maßnahmen, sondern häufig umfassendere Reaktionen auf gesellschaftliche Transformationsprozesse. Sie verbinden Kritik an feministischen und queeren Errungenschaften mit der Behauptung, traditionelle Geschlechterordnungen seien naturgegeben oder gar bedroht.

Der vorliegende Sammelband nimmt diese Spannungsfelder ernst, ohne sich in ihnen zu erschöpfen. Er fragt nach den historischen Linien, den politischen Dynamiken und den alltäglichen Praktiken, in denen Geschlecht und Demokratie miteinander verwoben sind. Denn die entscheidende Frage ist nicht nur, wie viel Konflikt eine Demokratie aushält. Sondern auch, welche Formen von Frieden sie ermöglichen kann, wenn Teilhabe nicht länger an normative Vorstellungen von Geschlecht gebunden bleibt. Eine Demokratie, die Geschlechtergerechtigkeit nicht als Einschränkung, sondern als Voraussetzung versteht, gewinnt.

Der Schwerpunkt des *I. Teils* liegt auf den *Grundlagen demokratischer Geschlechterordnung*. **Florian Lamade** untersucht das Konzept einer „Politik der Liebe“ im Kontext von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit auf Grundlage der Überlegungen von Audre Lorde, Martha Nussbaum und bell hooks. Der Beitrag zeigt, dass Liebe über intime Beziehungen hinaus als gesellschaftliche und politische Ressource verstanden werden kann, die sowohl individuelle Selbstverhältnisse als auch institutionelle Strukturen prägt. Dabei werden unterschiedliche Arenen identifiziert, in denen Liebe wirksam wird, und Möglichkeiten ihres Zusammenspiels für eine demokratische und geschlechtergerechte Gesellschaft aufgezeigt. **Luise Keffel & Birgit Meusel** beleuchten feministische Stadtplanung als demokratisches Aushandlungsfeld, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Teilhabechancen im urbanen Raum widerspiegeln. Der Beitrag verdeutlicht, wie diskursive und institutionelle Barrieren feministische Perspektiven in der kommunalpolitischen Praxis begrenzen und welche konkreten Folgen eine fehlende geschlechtersensible Planung für Sicherheit, Nutzung und Lebensqualität hat. Der Beitrag von **Carla Riese** betrachtet die Neuordnung staatlicher Geschlechterverhältnisse im Kontext der Einführung der Ehe für alle in Deutschland. Auf Basis der Entwicklung vom Lebenspartnerschaftsgesetz bis zur Eheöffnung

werden Verschiebungen in Vorstellungen von Familie, Geschlecht und Sexualität sowie deren Verknüpfung mit sozialstaatlichen und ökonomischen Dynamiken herausgearbeitet.

Die Beiträge des *II. Teils* drehen sich um das Thema *Geschlecht, Ungleichheit und demokratische Praxis*. **Rahim Hajji** widmet sich geschlechtsspezifischen Unterschieden in der politischen Selbsteinstufung von Jugendlichen entlang der Links-Rechts-Achse. Die Befunde verweisen darauf, dass weibliche Jugendliche häufiger linke und männliche Jugendliche häufiger rechte Positionen einnehmen, mitbedingt durch soziale Lagen und Einstellungen. Daraus ergeben sich Implikationen für demokratische Aushandlungsprozesse, etwa in der Gleichstellungs- und Klimapolitik. **Anna Sive & Kathrin Mahler Walther** bündeln zentrale Ergebnisse einer qualitativen Studie zur politischen Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen. Der Beitrag macht deutlich, dass strukturelle Hürden, Sexismus und antidemokratische Entwicklungen die Teilhabe erschweren. Zugleich benennen die Autorinnen zentrale Treiber und Erfolgsfaktoren für gelingende politische Partizipation von Frauen und leiten konkrete Handlungsempfehlungen ab. Der Beitrag von **Judith Rahner & Monika Remé** rückt geschlechtsspezifische Gewalt als fortwirkenden Machtmechanismus und als Hindernis für gleichberechtigte politische Teilhabe in den Vordergrund. Dabei werden widersprüchliche Entwicklungen sichtbar, die zwischen Fortschritten durch frauenpolitische Errungenschaften und aktuellen autoritären sowie antifeministischen Tendenzen verlaufen. Zugleich wird Gewaltbetroffenheit als möglicher Ausgangspunkt für politisches Engagement gefasst und mit Forderungen nach strukturellen Reformen und Ressourcen verknüpft. Im Beitrag von **Anna Blume Böttcher & Marie Künne** wird Antifeminismus als wachsende Herausforderung für queere und feministische Praxisfelder der Sozialen Arbeit analysiert, insbesondere im ostdeutschen Kontext. Auf Grundlage von Expert*inneninterviews zeigen die Autorinnen, wie Anfeindungen und politische Einflussnahmen Arbeitsbedingungen und Handlungsspielräume prägen. Abschließend werden Strategien zwischen Selbstschutz, Anpassung und politischer Positionierung skizziert.

Teil III beschäftigt sich mit *antifeministischer Mobilisierung*. Im Beitrag von **Hanin El-Auwad, Julia Haas & Saskia Lanser** werden antifeministische Argumentationen in islamistischen Diskursen in Deutschland untersucht, in denen Feminismus als westliches Gegenmodell zum Islam konstruiert wird. Auf Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse deutschsprachiger Online-Beiträge arbeitet der Beitrag heraus, wie entsprechende Positionen begründet, verbreitet und diskurstheoretisch eingeordnet werden. Dabei wird deutlich, welche Funktionen diese Narrative für Abgrenzung, Identitätsstiftung und die Stabilisierung traditioneller Geschlechterordnungen erfüllen und wie sie gesellschaftliche sowie politische Teilhabe einschränken. Der Beitrag von **Sabine Volk** greift das Spannungsverhältnis zwischen antifeministischer Ideologie und weiblichen Führungsfiguren in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien auf. Im Mittelpunkt steht das Konzept des

Femonationalismus, also die Instrumentalisierung feministischer Anliegen für rassistische Politik, das anhand von Diskursstrategien zentraler Akteurinnen des europäischen parteipolitischen Rechtsextremismus (Alice Weidel, Giorgia Meloni und Marine Le Pen) konturiert wird. **Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller** rücken extrem rechte aktivistische Frauengruppen in den Mittelpunkt und arbeiten ihre strategische Rolle im Kontext des transnationalen Femonationalismus heraus. Im Fokus steht ihre Positionierung zwischen Vorfeld und Partei, ihr Mobilisierungspotenzial, insbesondere mit Blick auf bislang schwer erreichbare junge Wählerinnen, sowie ihre Vernetzungsleistungen. **Sophia Fechter** nimmt in ihrem Beitrag geschlechtsspezifische Sicherheitsnarrative in kommunalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünften in den Blick. Anhand zweier Bürgerinitiativen wird nachgezeichnet, wie Geflüchtete als Bedrohung für lokale Frauen konstruiert und Abwehrhaltungen über einen vermeintlichen Frauenschutz begründet werden. Das Interview mit **Veronika Kracher**, geführt von **Anne Tahirovic**, beleuchtet digitale Hasskampagnen gegen prominente Frauen und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen. Anhand ausgewählter Fälle wird Misogynie als kollektive Praxis der Sanktionierung und Kontrolle konturiert, getragen von Doppelstandards, der Verharmlosung männlicher Gewalt und Rape-Culture-Narrativen.

Der Band schließt mit der Rubrik *Aktuelles aus der Forschung*. Dort werden ausgewählte wissenschaftliche Veröffentlichungen aus den drei Bereichen des IDZ – „Digitale Konfliktforschung“, „Diversität, Engagement & Diskriminierung“ sowie „Rechtsextremismusforschung und demokratische Kultur in Thüringen“ – zusammengefasst.